

dere Mensch vom elementaren Recht auf Freizügigkeit Gebrauch machen konnte, vor allem dann, wenn einsichtige Gründe glaubhaft gemacht werden konnten. Die sechs dargelegten Beispiele geben als Fallstudien einen Eindruck von den dabei aufgetretenen Möglichkeiten. Im übrigen ist die Schrift mit den Überlegungen und Entscheidungen der Kirchenleitungen und den sehr ausführlichen, oft bis ins Persönliche gehenden Dokumenten angefüllt, aus denen hervorgeht, welches hohe Maß an Beratung und Seelsorge in jedem einzelnen Fall aufgewandt wurde, wie aber auch andererseits das disziplinarrechtliche Instrumentarium der Amtskirche mit den plötzlich auf sie zukommenden Anforderungen überfordert war. Die Darstellung der drei Verfasser legt gerade mit Rücksicht auf diese Widersprüche eine unbedingte Unparteilichkeit und geistliche Offenheit an den Tag, um beiden Seiten gerecht zu werden. Ungeachtet aller zeitgemäßen und zeitbedingten Rücksicht auf personale Rechte ist freilich zu bedenken, daß die Kirche nicht eine Organisation wie jede andere weltliche Gemeinschaft ist, sondern daß sie ihrem Selbstverständnis nach an einen Herrn gebunden ist und darin ihr eigenes Gesetz hat. Die Frage nach „gehen oder bleiben“ der Diener der Kirche hat in den Jahrzehnten der SED-Herrschaft diese Grundtatsache wieder ganz nachdrücklich zum Bewußtsein gebracht.

Dresden

Karlheinz Blaschke

**Karsten Timmer, Vom Aufbruch zum Umbruch.** Die Bürgerbewegung in der DDR 1989 (Kritische Studien zur Geschichtswissenschaft, Bd. 142), Vandenhoeck & Ruprecht, Göttingen 2000, 416 S.

Selten sind Ereignisse bereits wenige Jahre nach ihrem Eintritt ein Thema ‚zünftiger‘ Geschichtsschreibung. Die ‚Wende‘ in der DDR 1989 und die deutsche Vereinigung 1990 sind eines dieser raren Beispiele. Das liegt nicht nur daran, daß die archivalischen Überreste der DDR seit 1990 zu großen Teilen frei zugänglich sind, sondern daß es daneben auch eine Vielzahl veröffentlichter Quellen gibt: Memoiren von Akteuren, Dokumentensammlungen, ‚graue‘ Literatur sowie die zeitgenössische Publizistik. Von diesem reichen Fundus zehrt auch die Studie von Karsten Timmer, die auf eine Bielefelder Dissertation zurückgeht. In ihrem Mittelpunkt steht die Geschichte der DDR-Bürgerbewegung von ihren Anfängen Ende der siebziger/Anfang der achtziger Jahre bis in die Zeit der Novemberrevolution 1989. Dabei geht es dem Autor vor allem darum, die Interaktion zwischen Bürgerbewegung und Gesellschaft zu verdeutlichen und hieraus ihren Erfolg wie ihr Scheitern zu erklären.

Die Stärke von Timmers Untersuchung liegt darin, daß sie theoretisch fundierte Ansätze mit empirisch gesättigter Darstellung verbindet. Überdies ist der ereignisgeschichtliche Teil der Studie eine enorm spannende Lektüre. Dessen Vorzug besteht darin, daß der Autor zwar – wie etliche vor ihm – das Geschehen an den prominenten Schauplätzen der Novemberrevolution darstellt (Leipzig und Dresden), daneben aber auch „die gesamte DDR“ (S. 14) in den Blick nimmt. Natürlich läßt sich ein solcher Anspruch nicht total, sondern lediglich wieder exemplarisch einlösen. Doch immerhin berücksichtigt Timmer eine Vielzahl kleinerer Städte und Orte, die ebenfalls ihre Demonstrationen, Friedensgebete und Tribunale, kurzum: ihre eigene ‚Revolution‘ und ‚Wende‘, erlebten. Daß er dabei weniger auf originäre Forschungen, als auf bereits vorliegende Lokal- und Regionalstudien zurückgreift, schmälert nicht seine analytische und kompulatorische Leistung. So entsteht ein facettenreiches und multiperspektivisches Bild der Novemberrevolution 1989. Es verdeutlicht die Stringenz der Ereignisse, die eben nicht unvermittelt oder zufällig nebeneinander standen, sondern sich gegenseitig beeinflussten und in logischer Abhängigkeit entwickelten.

Dabei weist Timmer nach, daß die in den achtziger Jahren aufkommenden Ideen der Bürgerbewegung – Abrüstung, Bürgerrechte und Umweltschutz – zunächst ohne größere Resonanz in der Bevölkerung blieben. Sie lieferten nur Diskussionsstoff unter Gleichgesinnten, weil zwar auch viele andere in der DDR die offensichtlichen gesellschaftlichen Mißstände – Versorgungsmängel, politische Bevormundung, mangelnde Reisefreiheit – sahen, aber angesichts des scheinbar unerschütterlichen Staats- und Repressionsapparats sowie einer fehlenden Gegenelite in Lethargie und Resignation verharrten. Erst die massenhafte Fluchtbewegung im Sommer 1989 schuf jenes „kritische Ereignis“ (Pierre Bordieu), das der Bevölkerung die Dringlichkeit und Legitimität der Reformforderungen der Bürgerbewegung ins Bewußtsein rückte. Die Trauer über den Verlust von Freunden, Verwandten und Kollegen, die über Ungarn nach Westen geflohen waren, verband sich mit der Sorge um die eigene Existenz in einem System, das den Weggang so vieler Menschen auf Dauer nicht überstehen konnte. Hinzu kam eine wachsende Enttäuschung, ja regelrecht Wut wegen des offensichtlichen Versagens, aber auch des kaum noch zu überbietenden Zynismus der Staatsführung, die sich angesichts der Krise auf haltlose Beschimpfungen an die Adresse der Flüchtlinge und sinnlose Bekenntnisse zum Status quo beschränkte.

Für einige Wochen befanden sich die Angehörigen der Bürgerbewegung, vor allem das Neue Forum, nun auf der Höhe ihrer Zeit. Sie bündelten den öffentlichen Protest und wurden von einem großen Teil der Bevölkerung als politisches Sprachrohr akzeptiert. Die Grundforderung der Bürgerbewegung nach öffentlicher Diskussion der Mißstände entsprach jenem offenen Gesprächsklima, das im Spätsommer/Herbst 1989 in der DDR herrschte: „Die Krise des Septembers 1989 stellte die etablierten Strukturen, Verhaltens- und Anpassungsmuster in Frage. Innerhalb der festgefügtten Gesellschaft der DDR eröffnete sich damit der Raum für etwas Neues, für einen neuen gesellschaftlichen Akteur. Vor allem die Sprachlosigkeit der SED-Führung setzte das Mobilisierungspotential einer Bewegung frei, die im Namen von Dialog und Öffentlichkeit für eine Demokratisierung der DDR eintrat. Sie bot allen, die Veränderungen in der DDR für nötig hielten, eine Möglichkeit, sich selbst für diese Veränderungen zu engagieren, anstatt der SED-Führung weiterhin ohnmächtig und tatenlos zusehen zu müssen. Mangels anderer Artikulationsmöglichkeiten konnte die Zuspitzung des Krisenbewußtseins in der DDR daher zur Formierung einer sozialen Bewegung führen, die Unzufriedenheit in Protest transformierte und ein Ventil für den Handlungsdruck bot“ (S. 121 f.).

Dabei war die Forderung der Bürgerbewegung nach einer tiefgreifenden Reform der DDR mit dem Ziel einer – auch moralischen – Verbesserung der sozialistischen Gesellschaft als einer Gemeinschaft gleichrangiger Individuen, die allein von einsichtiger Vernunft regiert werden sollte, zunächst durchaus mehrheitsfähig. Die Bürgerbewegung verlor ihre Meinungsführerschaft jedoch in dem Maße, wie sich die öffentlichen Forderungen Ende November/Anfang Dezember 1989 – ausgelöst durch die Maueröffnung, die offensichtliche Reformunfähigkeit der SED und die „Große Angst“ vor dem wirtschaftlichen Kollaps der DDR – mehrheitlich von einer Reform des Sozialismus fortbewegten und auf die Vereinigung mit der Bundesrepublik Deutschland reduzierten. Der Wandel der Demonstrationssparolen von „Wir sind das Volk“ zu „Wir sind ein Volk“ und „Deutschland, einig Vaterland“ markierte den Anfang vom Ende nicht nur des Staates DDR, sondern auch der Bürgerbewegung: Zum einen zerfiel sie nun in Einheitsbefürworter und Einheitsgegner, zum anderen zeigte sie sich unfähig, selber exekutive Befugnisse zu übernehmen und konkrete Lösungen für die anstehenden innen- und außenpolitischen Probleme vorzuschlagen.

Timmer erklärt diese Entwicklung wesentlich aus dem konstituierenden Prinzip, aber auch der „Naivität“ der Bürgerbewegung, die Stärke und Schwäche zugleich war:

„In dieser Situation war es der Bewegung nicht möglich, die aus der Mobilisierung gewonnene Kraft durch verbindliche Organisationen und Programme in politische Maßnahmen umzusetzen, ohne mit ihren internen, basisdemokratischen Strukturprinzipien zu brechen. Nachdem es gelungen war, den SED-Staat herauszufordern und zu überwinden, scheiterte daher die Vision, die Bevölkerung dauerhaft mobilisieren und die Gesellschaft als ganze in Bewegung setzen zu können. Man konnte nicht verhindern, daß die politische Entwicklung ab Dezember von Parteien dominiert wurde und darüber hinaus auf die deutsche Einheit zusteuerte. Dessen ungeachtet bleibt die Tatsache, daß eine Bewegung, die machtorientiert genug gewesen wäre, um im Dezember 1989 die Initiative zu übernehmen, nie in die Position gekommen wäre, welche die Bürgerbewegung innehatte. Denn mit zentralisierten Organisationsformen und unter Umständen gewalttätigen Aktionen wäre es nicht gelungen, die Repressionsmechanismen des SED-Regimes zu unterlaufen und einen vergleichbaren Mobilisierungserfolg zu erzielen“ (S. 384 f.). Insofern dürfe – so Timmers überzeugendes Plädoyer – auch das vordergründige Scheitern der Bürgerbewegung nicht zum Maßstab von deren umfassender Beurteilung werden: Ein solcher Kurzschluß verkenne „die Tatsache, daß eben die Naivität der Akteure eine treibende Kraft der Entwicklung war, denn ohne diese Naivität wäre wohl überhaupt nichts bewegt worden“ (S. 286).

Dresden

Reiner Marcowitz

\* \* \*

**Historische Bauforschung in Sachsen**, hrsg. vom Landesamt für Denkmalpflege Sachsen, Redaktion ANGELICA DÜLBERG/NORBERT OELSNER (Arbeitshefte des Landesamtes für Denkmalpflege, Heft 4), Dresden 2000. 268 S., zahlreiche Abb.

Der vorzustellende gewichtige und in seiner Reichhaltigkeit kaum erschöpfend zu würdigende Band kann hier, ob der Fülle der dargelegten Ergebnisse, nur schwerpunktmäßig behandelt werden. Als Ganzes ist der wichtigen Publikation vorab ein pauschales Lob zu erteilen: Der Hans Nadler gewidmete Band stellt sich schon bei erster Durchsicht als eine überzeugende Würdigung für den um die sächsische Denkmalpflege so verdienten Jubilar zu seinem 90. Geburtstag dar.

Diese Einschätzung unterstreicht schon der erste Beitrag von HEINRICH MAGIRIUS und NORBERT OELSNER in der Betonung der bewährten bauarchäologischen Tradition des Landesamtes in Forschung, Erfassung, Schutz und Pflege der Kulturdenkmäler: Die historische Bauforschung schafft die notwendigen Entscheidungsgrundlagen für die Bewahrung des historischen Erbes. So bieten die Aufsätze dieses Sonderheftes einen nachhaltigen Einblick in die vielseitigen Themenstellungen der Bauforschung anhand ausgewählter Beispiele, Monumente und Themenkomplexe, und dies lehrt bereits die „Bilanz über den Umgang mit dem unterirdischen Dresden“ von HEINRICH MAGIRIUS; in der Rückschau auf die Entwicklung dieses Arbeitsfeldes mit Ausblicken auf die künftige Forschung.

Allein räumlich nimmt der mit Spannung erwartete Vorbericht von REINHARD SPEHR über die Forschungen im „Schloß Osterlant“ bei Oschatz einen beachtlichen Umfang ein und steht im Blickpunkt des Interesses, als Dokumentation über eines der seltsamsten profanen Denkmäler des Mittelalters – nicht nur in Sachsen. Die Resultate der Ausgrabungen und die Versuche zu deren Deutung überraschen in vieler Hinsicht. Gibt schon der regelhafte rektanguläre Grundplan (von ca. 47,5 x 46m Ausmaß) Rätsel auf, so enthüllt jedes tiefere Eindringen in den Bau weitere Perspektiven. Im deutschen Sprachraum gibt es offenbar nur ein Baudenkmal von vergleichbar winkelrech-